



MONIKA ROTH

Schmuddelkinder der Zivilgesellschaft?

Spiel nicht mit den Schmuddelkindern – an dieses Lied von Franz Josef Degenhardt habe ich mich erinnert, als im Zusammenhang mit der Greenpeace-Aktion in Russland die Kontroverse über Nichtregierungsorganisationen geführt und zum Teil argumentiert wurde, wie wenn diese Gruppierungen das eigentliche Problem darstellen würden. Das ist falsch: Gazprom ist das Problem, nicht Greenpeace. Zunächst:

1. NGOs werden weder durch eine Regierung noch durch Staatsverträge gegründet.
2. NGOs sind in der Regel private Institutionen, Stiftungen oder Vereine.
3. NGOs besitzen wegen ihrer Ziele einen öffentlichen Charakter.
4. NGOs bilden keinen Bestandteil fester, formeller, politischer Systemstrukturen.

Sie sind – neben Parteien, Verbänden und Grossunternehmen – massgebliche Akteure in den Prozessen gesellschaftlicher Meinungs- und Willensbildung. Sie füllen oftmals ein politisch-gesellschaftliches Vakuum aus. NGOs greifen mit unterschiedlicher Vehemenz Themen auf, die für die Weltgesellschaft relevant sind, und sie engagieren sich als Teil der Zivilgesellschaft im öffentlichen Leben. Sie tun dies insbesondere durch ihre Öffentlichkeitsarbeit: Demonstrationen, spektakuläre Aktionen. Weiter sind Lobbying und Informationsbereitstellung zu nennen. Damit wird (Spezialisten-)Fachwissen in politische Prozesse eingebracht.

«Die Wirtschaft nennt ihre Aktionen Guerilla-Marketing»

Die Vertreter von NGOs nehmen Beratungsfunktionen für Regierungen und Unternehmen wahr. Ein wesentlicher Teil ihrer Wirkung auf die politischen Prozesse geht auf ihre Fähigkeit zurück, wichtige Themen aufzugreifen und sie beharrlich zu benennen und zu verfolgen. Zum Beispiel: Ohne die Arbeit von Transparency International, der 1993 gegründeten NGO, welche die Eindämmung der aktiven und passiven Korruption zum Ziel hat, hätte das Thema nicht diese Prominenz, Bewertung und Bearbeitung erfahren. Weiter war es Ende der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts primär den Initiativen von NGOs zuzuschreiben, dass Ölfirmen dem korrupten Abacha-Regime in Nigeria die Unterstützung entzogen. Und ohne die Erklärung von Bern gäbe es wichtige kritische Berichte über den Rohstoffhandel heute in und mit diesem Land und den Bezug zur Schweiz nicht.

Die Vertreter von NGOs nehmen Beratungsfunktionen für Regierungen und Unternehmen wahr.

Ein wesentlicher Teil ihrer Wirkung auf die politischen Prozesse geht auf ihre Fähigkeit zurück, wichtige Themen aufzugreifen und sie beharrlich zu benennen und zu verfolgen. Zum Beispiel:

Ohne die Arbeit von Transparency International, der 1993 gegründeten NGO, welche die Eindämmung der aktiven und passiven Korruption zum Ziel hat, hätte das Thema nicht diese Prominenz, Bewertung und Bearbeitung erfahren. Weiter war es Ende der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts primär den Initiativen von NGOs zuzuschreiben, dass Ölfirmen dem korrupten Abacha-Regime in Nigeria die Unterstützung entzogen. Und ohne die Erklärung von Bern gäbe es wichtige kritische Berichte über den Rohstoffhandel heute in und mit diesem Land und den Bezug zur Schweiz nicht.

NGOs stehen – wie die Wirtschaft – nicht über dem Gesetz. Dass sie mit spektakulären Aktionen auf Themen und Missstände aufmerksam machen – das hält durchaus einer Betrachtung stand, und der Aufregung haftet etwas Enges an: Die Wirtschaft nämlich nennt es Guerilla-Marketing, wenn sie Werbeaktionen plant, die illegal sind, und Bussen und Kosten für das Verfahren schon im Voraus ins entsprechende Budget nimmt. Emmi etwa hat 2006 am Wasserturm, einem der Wahrzeichen Luzerns, illegal, d. h. mit einer unbewilligten Werbeaktion, für ein neues Produkt geworben. Es kam zur Strafanzeige und zu einer Busse von 20000 Franken. Über die Anwalts- und die Verfahrenskosten wissen wir nichts. Aber das war es offenbar der Firma wert.

Prof. Monika Roth, Hochschule Luzern – Wirtschaft

MELDUNG

Haft für Ex-Manager von Goldman Sachs

NEW YORK Ein US-Gericht hat den ehemaligen Börsenhändler von Goldman Sachs, Matthew Taylor, zu 9 Monaten Haft und einer Geldstrafe von 118 Millionen Dollar verurteilt. Taylor habe die Bank mit falschen Berichten getäuscht und insgesamt über 8,3 Milliarden Dollar an Wetten auf Termingeschäften verschleiert. Der Richter kritisierte auch Goldman Sachs, die Taylors Verfehlungen nicht transparent gemacht hatte. Er konnte nach seiner Entlassung weiterhin als Banker arbeiten.



Verena Nold, ChefIn des Krankenkassenverbands: «Politische Aktivitäten müssen nun sehr vorsichtig abgesprochen werden»

«Die Branche muss sich zusammenraufen»

Santésuisse-Direktorin Verena Nold über Einheitskasse und schwarze Listen

VON MARTINA WACKER (TEXT)
UND SEBASTIAN MAGNANI (FOTO)

BERN Morgen debattiert der Ständerat über die Einheitskasseninitiative. Laut der Santésuisse-Direktorin Verena Nold ist es «unglücklich», dass der Verband ausgerechnet jetzt auseinanderbricht. Helsana und CSS treten Ende Jahr aus. Dennoch ist sie zuversichtlich, dass sich die Branche mit einer Stimme gegen die Initiative einsetzen wird. Im Interview erklärt sie zudem, was sie gegen steigende Gesundheitskosten unternehmen will, und weshalb jährlich über 2500 Ärzte auf eine schwarze Liste kommen.

Anfang Jahr verliessen Sie die Santésuisse-Verbandstochter Tarifsuisse, um im Jura eine Klinik zu leiten. Doch schon im Mai kehrten Sie wieder zurück. War das Heimweh so schlimm? Nach meinem Weggang wurde es bei Santésuisse etwas turbulent. Helsana und CSS entschieden sich, den Verband per Ende Jahr zu verlassen. Kurze Zeit später reichte mein Vorgänger Christoph Meier seine Kündigung ein. Daraufhin rief mich unser Präsident Christoffel Brändli an und fragte mich, ob ich Interesse hätte zurückzukehren – als Direktorin von Santésuisse. **Haben Sie gleich zugesagt?** Zuerst wollte ich wissen, ob der Verband überhaupt noch Geld hat (*lacht*). **Und was gab Ihnen der Präsident zur Antwort?** Dass man genügend Reserven gebildet habe und ich mir keine Sorgen machen müsse.

Dennoch, der Ausstieg von Helsana und CSS wird nicht einfach zu kompensieren sein.

Mit dem Weggang dieser beiden Kassen kommen uns Einnahmen abhandeln. In gewissen Bereichen können wir aber Kosten sparen. So fallen beispielsweise die Beiträge an die Ombudsstelle geringer aus, da sich diese nach der Anzahl Versicherter richten. **Nicht nur finanziell, sondern auch politisch dürfte das Auseinanderbrechen des Verbandes schwer zu verdauen sein. So steht uns ja eine Abstimmung über eine Einheitskasse bevor.**

Dass der Verband in dieser heissen Phase eine Abspaltung hinnehmen musste, halte ich für unglücklich. Insbesondere deshalb, weil der neue Verband Curafutura – dem Helsana, CSS, KPT und Sanitas angehören – keine Doppelmitgliedschaft akzeptiert. Politische Aktivitäten müssen nun sehr sorgfältig abgesprochen werden. Die Branche muss sich zusammenraufen, um sich mit einer Stimme gegen die Einheitskasse zu engagieren. Ich bin zuversichtlich, dass das gelingt.

Als Tarifsuisse-Direktorin standen Sie bei der Einführung der Fallpauschalen im stationären Bereich unter Dauerbeschuss. Sie wurden kritisiert, diese viel zu tief anzusetzen. Drohen nun den frei praktizierenden Ärzten ebenfalls harte Verhandlungen?

Bei der Einführung der Fallpauschalen hatten die Spitäler drei Jahre Zeit, um sich vorzubereiten. Zudem war es uns ein Anliegen, das umzusetzen, was der Gesetz-

geber vorgesehen hat, nämlich wirtschaftliche Preise zu verhandeln. Man darf nicht vergessen: Jeder Franken mehr, den die Leistungserbringer aushandeln, zahlt letztlich der Prämienzahler. Deshalb werden wir auch bei der Tarmed-Revision genau hinschauen. **Das heisst?**

Über den Tarmed werden jährlich rund 8 Milliarden Franken abgerechnet. Die Ärzte fordern nun einen Teuerungsausgleich von fast 20 Prozent, da die Tarife für die 4800 Einzelpositionen in den letzten 10 Jahren praktisch nicht mehr angepasst wurden. Das kann man den Prämienzahlern nicht zumuten. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Kosten pro Konsultation seit Einführung des Tarmeds zugenommen haben. **Ärzte rechnen also pro Patient mehr Einzelpositionen ab?**

Ja, wir mussten deshalb reagieren und haben ein System entwickelt, das Missbrauch vorbeugen soll. Dabei vergleichen wir die Kosten eines Arztes mit den Durchschnittskosten aller Ärzte der gleichen Facharztgruppe. Stellt sich heraus, dass ein Arzt innerhalb eines Jahres im Vergleich zu seinen Kollegen 20 bis 30 Prozent mehr pro Patient verrechnet hat, kommt er auf eine schwarze Liste der «auffälligen Ärzte» und muss die überhöhten Kosten begründen. Kann er das nicht, wird er aufgefordert, den Mehrbetrag zurückzahlen. **Wie viele Ärzte kommen jährlich auf die schwarze Liste?**

Von den schweizweit gut 17000 Ärzten werden jährlich 15 Prozent kontrolliert. Von diesen überprüften Ärzten müssen rund 1 Prozent zu hoch verrechnete

Beträge zurückzahlen. Damit generieren wir jährlich rund zwei Millionen Franken, die wieder an die Krankenversicherer zurückfliessen. Leider gibt es aber auch Fälle, in denen wir den Arzt nicht mehr belangen können, weil er sein Vermögen bereits jemand anderem überschrieben hat. Im Grossen und Ganzen hat sich das System aber bewährt.

Ambulante Spitalbehandlungen verursachen immer höhere Kosten. Ist dies das Resultat der Fallpauschalen? Nein, die Kosten im ambulanten Bereich steigen unabhängig davon seit Jahren massiv. Das hängt vor allem mit dem technischen Fortschritt zusammen. Mit der Einführung der Fallpauschalen droht aber eine Ausreizung des Systems.

Wie meinen Sie das? Wir haben festgestellt, dass immer mehr Vor- und Nachbehandlungen bei einem Spitalaufenthalt – sei es Röntgen oder Laborarbeiten – ambulant durchgeführt werden. Dadurch können Spitäler Kosten sparen und erhalten für den Klinikaufenthalt des Patienten die volle Fallpauschale. Deshalb wollen wir noch bis Ende des nächsten Jahres ein ähnliches System wie bei der Arztrechnungskontrolle einführen. Dabei analysieren wir, welche Behandlungen in den Spitalambulatorien besonders häufig verrechnet werden. Ein grosses Augenmerk legen wir dabei auch auf die Tarifposition «Leistungen in Abwesenheit des Patienten». Diese Position kann ein Patient ja selbst nicht überprüfen. Doch uns bietet sie die Vergleichbarkeit mit anderen Spitalern.